

Schafft die "Ausländer" ab!

Ausländerfeindlichkeit und Rassismus: Eine Bedrohung für den sozialen Frieden

HAKKI KESKIN *

Wer hätte sich vorstellen können, daß in der Bundesrepublik Deutschland ein Tag käme, an dem Menschen Angst hätten, zur Arbeit zu gehen oder ihre Kinder in die Schule zu schicken, weil sie keine Deutsche sind?

Dies geschieht nicht in irgendeinem Land, sondern in diesem demokratischen Staat Bundesrepublik Deutschland, in dessen Vorgängerstaat Millionen von Juden aus rassistischen Gründen auf unvorstellbare Weise noch zu unseren Lebzeiten vernichtet wurden. Als ich vor Jahren viele Gespräche mit Ausländern über ihre Verbleibeabsichten in der Bundesrepublik Deutschland führte, erfürh nicht selten von Ängsten, wie sich die Stimmung bei der deutschen Bevölkerung entwickeln würde, wenn es zu einer ökonomischen und sozialen Krise käme. Die aus der Vergangenheit abgeleiteten Befürchtungen fand ich extrem übertrieben. "Gerade aus diesem Grunde", erwiderte ich, "kann hier keine rassistische Bewegung mehr Fuß fassen." Nach den Wahlen in West-Berlin und Hessen und vor allem seit dem 20. April dieses Jahres muß ich feststellen, daß ich mich geirrt habe.

Ich bin seit rund 22 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland. So betroffen und so fassungslos wie am 20. April war ich noch nie. Ich konnte und wollte es kaum glauben, als mich zwei Tage zuvor viele Türken fragten, ob sie an diesem als "Reichskristallnacht gegen Türken" angekündigten Tag zur Arbeit gehen und ihre Kinder zur Schule schicken sollten. Die meisten Einwandererkinder sind in der Tat an diesem Tag nicht zur Schule geschickt worden und viele ihrer Eltern sind nicht zur Arbeit gegangen.

Die Analysen und historischen Erfahrungen zeigen uns einige wesentliche Charakteristika für das Entstehen und Erstarren rassistisch-faschistischer Ideologien. Diese entstehen und können Zulauf bekommen, wenn ökonomische, soziale und politische Konflikte sich zuspitzen und dafür Sündenböcke gefunden werden sollen.

Die Bundesrepublik Deutschland lebt nunmehr seit rund zehn Jahren mit einer Massenarbeitslosigkeit, die nach amtlichen Angaben seit 1983 jeden zehnten Beschäftigten erfaßt. Noch wichtiger ist jedoch, daß sich keine Aussichten zur deutlichen Minderung der Arbeitslosigkeit abzeichnen. Im Gegenteil, es wird angenommen, daß die Arbeitslosigkeit bis Mitte oder gar bis Ende der 90er Jahre in dieser Höhe bestehen bleibt. Zählt man die Familienangehörigen dazu, so leidet ein Drittel der Gesellschaft unter den Folgen der langandauernden Massenarbeitslosigkeit.

Dies stellt einen wichtigen Nährboden für rassistisch-faschistische Ideologien dar. Dazu kommen eine Reihe anderer Engpässe und Konflikte.

In den Großstädten und in verschärftem Maße in Hamburg erleben wir, daß gerade untere Einkommensgruppen große Schwierigkeiten haben, eine Wohnung zu finden. Gleichzeitig machen seit Jahren Berichte Schlagzeilen, daß Zehntausende von Asylsuchenden und Hunderttausende Aussiedler nach Deutschland strömen. Die parteipolitisch kontrovers geführte Diskussion über Zahlen und Kosten der Asylbewerber, die angeblich

den Staat jährlich Milliarden kosten, verstärken die Unzufriedenheit bei den von der Krise betroffenen Menschen. Sie hören auch, daß die Aussiedler leichteren Zugang zu Wohnungen und Arbeit finden und angeblich höhere Renten beanspruchen als Menschen, die jahrzehntlang dafür gearbeitet haben. Die anhaltenden Berichte, es kämen in den nächsten Jahren weitere Hunderttausende Aussiedler in die Bundesrepublik Deutschland, verstärken nicht nur die Hoffnungslosigkeit in bezug auf Arbeit und Wohnung, sondern auch die Verärgerung und Empörung über diese undurchschaubare Politik.

Die seit Jahren vorhandenen Schwierigkeiten gerade der zu den unteren Einkommensgruppen zählenden deutschen Bevölkerung in den sog. Ballungsgebieten der Ausländer sind bis zum heutigen Tage von der Politik nicht ernstgenommen und reflektiert worden. Diese historisch von der arbeitenden Bevölkerung bewohnten Stadtteile (Kreuzberg und Wedding in Berlin, Wilhelmsburg in Hamburg) waren schon immer infrastrukturell benachteiligt. Die ausländischen Arbeiter fanden gerade in diesen Stadtteilen Wohnungen, die nicht selten abrießig, dafür aber billig waren. Im Laufe der sechziger und siebziger Jahre konzentrierten sich auf diese Weise immer mehr Ausländer in diesen Stadtteilen, die von Beginn an in bezug auf vorschulische und schulische Einrichtungen benachteiligt waren. In den meisten Schulklassen dieser Stadtteile entstanden beachtliche Beschulungsprobleme, weil die nachgezogenen Ausländerkinder erhebliche sprachliche Schwierigkeiten aufwiesen. Das Lerntempo in diesen Klassen verlangsamte sich insgesamt. Die betroffenen deutschen Eltern versuchten nicht selten, aus diesem Grund aus solchen Stadtteilen wegzuziehen. Nicht zuletzt auch dadurch erhöhte sich der Anteil der Ausländer in solchen Stadtteilen. Die wiederholten Forderungen nach Sondermaßnahmen zur Behebung der vorhandenen Defizite für alle Kinder in den Schulen in den sog. Ballungsgebieten der Ausländer fanden nur selten und viel zu spät Gehör. Auch hierdurch entstand ein Potential an unzufriedenen und verärgerten Menschen. Diese Schulpolitik hatte auf der anderen Seite für die Ausländerkinder bis vor wenigen Jahren dramatische Folgen. Viele von ihnen haben ohne einen Abschluß die Schulen verlassen müssen. Die meisten von ihnen fanden keine Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Das Potential zur Straftat und nicht selten zur Kriminalität nahm auch bei ausländischen Jugendlichen zu. Anstatt mit einer Reihe von Maßnahmen dieser Entwicklung entgegenzuwirken, versuchten rechtskonservative Politiker wie der ehemalige Berliner Innensenator Lümmer und Bundesinnenminister Zimmermann, hieraus ihre gegen die ausländische Bevölkerung gerichtete Politik zu begründen.

Mehr noch: Nach der Wende kündigte Bundeskanzler Kohl an, die Halbierung der Zahl der ausländischen Bevölkerung gehöre zu den Aufgaben seiner Regierung. So wurde bei Teilen der deutschen Bevölkerung der Eindruck erweckt, die Halbierung der Zahl der Ausländerbevölkerung sei für die ebenfalls proklamierte Minderung der Arbeitslosigkeit erforderlich. Aus zahlreichen Erklärungen mancher politisch Verantwortlicher konnten die nicht oder nur sehr oberflächlich über die Zusammenhänge informierten Menschen glauben, daß die ausländische Bevölkerung für die fehlenden Arbeitsplätze und Wohnungen wie auch für die Schwierigkeiten

in den von Ausländern bewohnten Ballungsgebieten verantwortlich sei.

So wurde versucht, mit einem Kalkül auf Kosten der politisch rechtlosen Ausländer/Einwanderer die Profilierung der CDU/CSU zu erreichen. Für das Versagen der eigenen Politik mußten Sündenböcke gefunden werden und sie wurden gefunden: Asylsuchende, Ausländer und nunmehr auch Aussiedler. Große Teile der CDU/CSU haben mit ihrer bisherigen Ausländerpolitik und mit vielen ihrer Überlegungen und zum Teil bewußten Erklärungen gegen Ausländer mittelbar die Ausländerfeindlichkeit geschürt und objektiv ausländerfeindlich-rassistischen Gesinnungen und Strömungen den Nährboden bereitet.

Da die CDU/CSU ihre Ausländerhalbpolitik und "Scheinasylanten-Stop"-Bekundungen nicht realisieren konnte, entstand für die von der sozialen und ökonomischen Krise betroffenen Menschen auch ein politisches Vakuum. Dieses mußte mit einer auf dem rechten Spektrum "gläubwürdigeren" Partei gefüllt werden. So gesehen ist diese falsche Politik der CDU/CSU primär verantwortlich für den unerwarteten Erfolg der Republikaner in West-Berlin und der NPD in Hessen. Die CDU hat ihr eigenes Grab gegraben.

Es wäre fatal, zu glauben, die meisten Stimmen der rechtsradikalen Parteien kämen von Protestwählern. Die von Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot etc. betroffenen und relativ vermöglichen Wähler, die die Einwanderer und Aussiedler als Konkurrenten sehen, werden an ihrer Suche nach einer "eisernen Hand" so lange festhalten, bis sich ihre reale Lebenslage konkret verbessert.

Der Glaube, wenn zwei Drittel der Bevölkerung bei anhaltender Massenarbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Verarmung von der Krise verschont bleibe, d. h. zufrieden ist, könne die Unzufriedenheit des davon betroffenen Drittels der Gesellschaft in Kauf genommen werden, hat sich spätestens seit den Wahlen in Berlin und Hessen als Absurdität erwiesen. Auch in einem demokratischen Wohlfahrtsstaat kann die langanhaltende Unzufriedenheit und Verärgerung der von der Krise betroffenen Menschen als Wählerpotential für rechtsradikale und rassistisch-faschistische Parteien mobilisiert werden.

Die Ankündigung des Vorsitzenden der Republikaner, Schönhuber, daß er mit einem Wählerpotential von 25 Prozent rechnet, muß langfristig gesehen, sehr ernst genommen werden. Dafür spricht auch das Ergebnis einer in der FAZ veröffentlichten Umfrage, wonach ca. 30 Prozent der Bevölkerung in der Bundesrepublik über eine latent faschistoide Geisteshaltung verfügt.

Die dringendste Aufgabe wäre neben der Beseitigung - zumindest aber Minderung der Folgen - der Massenarbeitslosigkeit, der Wohnungsnot etc., die Befreiung der Ausländer/Einwanderer/Asylsuchenden und Aussiedler von der Verantwortlichkeit für diese Engpässe und somit ihre Befreiung von der Funktion als Sündenböcke. Dazu möchte ich konkrete Vorschläge machen.

Weshalb eigentlich machen die Arbeitslosen, Wohnungssuchenden, Verarmten und jene, die mangelhafte Infrastruktur in den von den Ausländern/Einwanderern bewohnten Stadtteilen beklagen die Asylsuchenden, Ausländer/Einwanderer und Aussiedler für ihre Misere verantwortlich oder sehen sie als Konkurrenten? Weshalb wird nicht der deutsche Nachbar ebenfalls als Konkurrent angesehen?

Die politische und rechtliche Betrachtung und Behandlung der "Gastarbeiter" oder "Ausländer" gibt uns eine klare Antwort. "Gastarbeiter" und "Ausländer" gehören nicht zu der deutschen Gesellschaft und zu diesem Lande. Sie haben einen befristeten, nur zeitweiligen Auftrag, in der Bundesrepublik zu sein. "Wir haben sie geholt, weil die Wirtschaft sie brauchte, jetzt haben wir über zwei Millionen Arbeitslose, nun brauchen wir sie nicht mehr." Das ist die schlechte Schlußfolgerung der Durchschnittsbürger aus der bisherigen Ausländerpolitik. In der Tat kann diesen Menschen wegen dieser, von der offiziellen Politik gestützten Schlußfolgerung kein Vorwurf gemacht werden. Denn das war und ist auch heute die offizielle Linie der Ausländerpolitik seit drei Jahrzehnten. Mit welchem Recht können wir nun die von der Krise betroffenen Menschen für ihre Schlußfolgerungen aus dieser Politik verantwortlich machen, wenn sie sagen: als Deutscher habe ich das Recht, zuerst eine Arbeit, eine Wohnung usw. zu haben und nicht die Ausländer.

Deshalb fordern die Einwandererorganisationen seit langem eine radikale Abkehr von der bisherigen Ausländerpolitik. Es ist ein rein deutsches Phänomen, daß Menschen, die zu 70 Prozent länger als zehn Jahre und zu 50 Prozent länger als 15 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland leben und arbeiten, von denen jeder Dritte hier geboren oder großgeworden ist, nach wie vor als "Ausländer" oder gar als "Gäste" angesehen und rechtlich behandelt werden. In keinem einzigen europäischen Nachbarland finden wir eine ähnliche Politik. In den Nachbarländern wird klar differenziert zwischen denjenigen, die sich nur zeitweilig als Touristen, Geschäftsleute, Diplomaten oder Studierende in diesen Ländern aufhalten und daher auch als Ausländer gelten, und denjenigen, die als Arbeiter angeworben wurden oder kamen und eine Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis erhielten und den anerkannten politischen Flüchtlingen. Begrifflich und rechtlich und im Verständnis der Bevölkerung wird klar unterschieden zwischen Ausländern mit vorübergehendem Aufenthalt und den Einwanderern, wie sie in Schweden, Norwegen und Finnland, den Immigranten, wie sie in Großbritannien und Frankreich, den kulturellen Minderheiten, wie sie in den Niederlanden und Dänemark genannt werden. Die Einwanderer, Immigranten oder die kulturellen Minderheiten haben einen Rechtsstatus, der sie den einheimischen Bürgern weitestgehend angleicht und werden als fester Bestandteil der Gesellschaften dieser Länder angesehen. Sie sind Inländer.

Seit Jahren wird gegen diese Forderung polemisiert, die Bundesrepublik Deutschland sei kein Einwanderungsland. Dabei werden die Augen vor den vollzogenen Realitäten zugemacht, daß die sog. Ausländer sich längst hier niedergelassen haben, familiär hier verwurzelt sind, ihre Kinder meist ihre Muttersprache nicht sprechen können und hier zur Schule gehen und großgeworden sind. Selbst wenn weitere Einwanderung nicht erlaubt sein soll, hat eine faktisch unumkehrbare Einwanderung stattgefunden. Diese Menschen sind Einwanderer geworden.

Eine dieser Realität Rechnung tragende und zukunftsorientierte "Ausländer"-Politik muß mit dieser Selbstbelügerei und -Täuschung aufhören. Sie muß sich ohne Wenn und Aber zu diesen Einwanderern als festem Be-

standteil dieser Gesellschaft, als Inländer, bekennen und bei der deutschen Bevölkerung um ein neues Verständnis und Bewußtsein hierfür werben. Nicht nur verbale Bekenntnisse sind gefragt, sondern die rechtliche Angleichung der Einwanderer müßte in allen Bereichen der Gesellschaft realisiert werden. Dem kommunalen Wahlrecht als erstem Schritt in diese Richtung müßten weitere Schritte folgen. Eine generelle Lösung wäre die Einführung der "Doppelstaatsbürgerschaft" für Einwanderer. Genauso wie die Aussiedler neben ihrer alten Staatsangehörigkeit, die deutsche Staatsbürgerschaft bekommen können, müßte es möglich sein, nach einer Aufenthaltsdauer von bspw. acht Jahren einen Rechtsanspruch auf die deutsche Staatsangehörigkeit zu bekommen ohne die Voraussetzung, die alte aufgeben zu müssen, wie dies heute der Fall ist. Hierbei kann die alte Staatsangehörigkeit ruhen, solange diese Menschen leben. Die Einwanderer brauchen das Gefühl, wenn sie wollen, eines Tages in ihr Herkunftsland zurückkehren zu können. Die Doppelstaatsbürgerschaft könnte für die Einwanderer ihre rechtliche Gleichstellung ermöglichen, ihnen eine klare Zukunftsperspektive erleichtern und den Weg für ihre vielseitige Integration in die deutsche Gesellschaft freimachen. Dies wird auch mit Sicherheit dazu führen, daß die deutsche Bevölkerung die neuen Deutschen nicht mehr als "Fremde", "Gäste" oder "Ausländer" betrachtet. Ein neues Miteinander, ein neuer Umgang, eine neue Toleranz, ein neues Verständnis und eine neue politische Kultur werden entstehen, welche diese Menschen von ihrer Sündenbock-Funktion befreien hilft.

Die seit über einem Jahrzehnt andauernde Diskussion über die Asylfrage müßte baldmöglichst eine Lösung erfahren, wenn ein weiterer Nährboden für das Erstarren des rechtsradikalen und rassistischen Wählerpotentials eingedämmt werden soll. Hier ist eine breite Konsenspolitik aller demokratischen Parteien und Kräfte erforderlich. In der Tat müssen Lösungen gefunden werden, wie ein Asylantrag rasch bearbeitet werden kann. Solange die Diskussion in dieser Frage mit Begriffen wie "Asylantenschwemme", "Scheinasylanten", "Wirtschaftsasylanten" etc. geführt wird, solange es Probleme bei der Unterbringung gibt, müssen wir sicher sein, Wählerpotential für rechtsradikale und rassistische Parteien bereitzustellen.

Die Bundesrepublik Deutschland als eines der reichsten Länder der Erde müßte in der Lage sein, die politisch Verfolgten aufzunehmen und ihnen menschliche Lebensbedingungen zu gewähren. Auch die Bundesrepublik Deutschland wird aber nicht imstande sein, Menschen, die aus ökonomischen Gründen zu Zehntausenden kommen, auf Dauer aufzunehmen. Dies führt und muß zu Spannungen und polemischen Diskussionen führen, die nur den rechtsradikalen und rassistischen Strömungen nutzen. Deshalb steht die Neugestaltung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den industrialisierten Ländern und den Ländern der "Dritten Welt" als drängendes Problem auf der Tagesordnung.



*Hakki Keskini ist Professor für Politische Wissenschaften im Fachbereich Sozialpädagogik der Fachhochschule Hamburg und Sprecher des Bündnisses Türkische Einwanderer in Hamburg.